

Regionale Planungsgemeinschaft  
Havelland-Fläming  
Oderstraße 65  
14513 Teltow

Brandenburg an der Havel, den 01. Juni 2022

## **Stellungnahme:**

### **Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0**

### **Festlegung eines großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Brandenburg an der Havel**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben teilen wir Ihnen im Rahmen der öffentlichen Auslegung unsere Einwendungen zu den im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vorgestellten Plänen für einen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ mit.

Aus Sicht der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Brandenburger SVV gibt es schwerwiegende Einwände gegen die Entwicklung eines 400 ha großen Industrievorsorgestandortes an der A2. Grundsätzlich finden wir den Wunsch nach einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts Brandenburg richtig. Im konkreten Fall sehen wir jedoch Defizite in der Planung und in der vorläufigen Abwägung.

1. Ein erhebliches Problem ist der zu erwartende Wasserverbrauch von Industrieansiedlungen an dieser Stelle. Aus der Verwaltung hat die zuständige Wasserbehörde bereits mitgeteilt, dass die Ansiedlung dieses gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts mit Blick auf den Wasserhaushalt abzulehnen ist. Unsere Region hat ohnehin mit sinkenden Grundwasserständen zu kämpfen. Ein ausreichendes Wasserdargebot an diesem Standort ist langfristig nicht gesichert. Der Wasserverbrauch ist schon durch die landwirtschaftlichen Betriebe sehr hoch – insbesondere im Spargel- und Beerenanbau. Mit einem weiteren großen Industriestandort am Rande unserer Stadt befürchten wir Zustände wie im Umfeld des Tesla-Werks. Wo die Menschen bisher durchschnittlich 175 Liter Wasser am Tag verbrauchten, wird nun eine Rationierung auf rund 100 Liter in Aussicht gestellt. Dieses Szenario ist auch für unsere Stadt denkbar. Eine solche Knappheit und die Rationierung von Wasser für Privathaushalte können wir nicht akzeptieren.

2. Es kommt hinzu, dass die vorgesehene Fläche heute auf 400 Hektar Wald mit einem Bestand von mehr als 500.000 Bäumen beherbergt. Keinesfalls nur Kiefernforst, wie mitunter behauptet wird. Der ökologische Waldumbau hin zu Mischwald hat sichtbar bereits begonnen. Hier hat auch die Untere Naturschutzbehörde bereits Bedenken angemeldet. Die Schutzfunktion, die Wälder für unser Klima, unseren Wasserhaushalt und den Bodenschutz ausüben, dürfte den Wert einer Industrieansiedlung für die Region weit übertreffen. Ersatzpflanzungen müssen über Jahrzehnte mit großem finanziellem Aufwand umgesetzt werden, bis der Verlust eines Waldgebiets ökologisch annähernd ausgeglichen werden kann. Das akzeptieren wir nicht, denn Klimaschutz ist jetzt notwendig. In 50 Jahren ist es zu spät. Die Waldflächen im Gebiet Brandenburg-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne liegen zudem in unmittelbarer Nähe zu Naturschutzgebieten, die Lebensraum für bedrohte Tierarten sind. Wir sind der Auffassung, dass der vorgelegte Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 diesen Faktoren einen zu geringen Wert beimisst. Die aus der Sachverhaltsermittlung resultierende Empfehlung für die Festlegung des Industriegebiets halten wir daher für nicht haltbar.

3. Darüber hinaus ist die Verkehrsanbindung des geplanten Industriegebiets problematisch. Zwar liegt die Planungsfläche in unmittelbarer Nähe zu einer Autobahn und einer Bundesstraße. Gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte müssen aber grundsätzlich über eine weitere Anbindung als den Autoverkehr verfügen. Hier wird in der Planung auf einen nahen Streckenabschnitt der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn verwiesen. Diese Bahnstrecke ist jedoch außer Betrieb und bereits seit 2021 entwidmet. Eine Wiederbelebung dieser Bahnanbindung wäre mit erheblichem Aufwand verbunden. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass der Stadt Brandenburg für die Erschließung dieses Industriegebiets Kosten entstehen werden, die mit dem Nutzen in keinem Verhältnis stehen.

4. Die Stadt Brandenburg an der Havel nimmt im Land Brandenburg beim Flächenverbrauch eine Spitzenposition ein. Seit 2003 stieg der Verbrauch an Siedlungsfläche in unserer Stadt um 917 Hektar bzw. 21% an. Der Durchschnitt im ganzen Land beträgt zum Vergleich 13,5% (Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). Weiterer Flächenverbrauch mit der einhergehenden Versiegelung sollte aus ökologischen Gründen und Gründen des Klimaschutzes unterbleiben. Bereits 2002 hat die Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel vorgegeben, den täglichen Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar zu reduzieren. Im Rahmen der Fortschreibung 2016 wurde zudem das Ziel formuliert, den Zuwachs bis zum Jahr 2030 auf weniger als 30 ha zu begrenzen, weil Fläche eine bedeutsame begrenzte natürliche Ressource darstellt. Die Ausweisung dieses gewerblich-industriellen Standortes widerspricht diesen Zielen, zumal die Stadt Brandenburg über andere nicht belegte Gewerbe- und Industriestandorte verfügt.

5. Die weitere Flächenversiegelung, die Abholzung des Waldes sowie die Umgestaltung der Topographie leisten einen regional bedeutsamen Beitrag zur Verschärfung des Klimawandels und widersprechen der Schutz- und Fürsorgepflicht des Staates gegenüber nachfolgenden Generationen im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 zum Klimaschutzgesetz. Insbesondere kann der Biotopverlust nicht zeitnah ausgeglichen werden. Ein mittel- oder gar langfristiger Ausgleich ist heute aus Gründen des rasant fortschreitenden Klimawandels nicht mehr zulässig.

Aus diesen Gründen ist unseres Erachtens der sogenannte GIV aus dem Entwurf des Regionalplanes zu streichen.

Wir bitten darum, uns über deren weiteren Verlauf zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Marx'.

Martina Marx

(Fraktionsvorsitzende)